

Griechen gegen Spardiktat

Gewerkschafter besetzen Finanzministerium. Rundfunkanstalt wieder auf Sendung. Gericht erklärt Rentenkürzung für verfassungswidrig

Heike Schrader, Athen

Während die europäische Öffentlichkeit auf die Verhandlungen zwischen Athen und den »Institutionen« blickt, wehren sich die Menschen in Griechenland gegen das von Brüssel auferlegte Spardiktat. Am Donnerstag morgen besetzten Gewerkschafter der kommunistischen PAME das Finanzministerium. Sie brachten an dem Gebäude ein riesiges Transparent an. Auf diesem waren die Konterfeis der Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou, Antonis Samaras und Alexis Tsipras zu sehen, darunter stand: »Gläubigermemoranden Nummer eins, zwei und drei«.

Außerdem wurde »das Volk« aufgefordert, Widerstand gegen »neue Maßnahmen und die Memoranden« zu leisten und »die Dinge selbst in die Hand zu nehmen«. Bis zum *jW*-Redaktionsschluss verlief die Besetzung friedlich.

Die Aktion steht im Zusammenhang mit den für den gestrigen Donnerstag abend von der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) angekündigten Massendemonstrationen im ganzen Land. Die KKE wirft der derzeitigen Linksregierung in Athen vor, nahtlos die Politik ihrer neoliberalen Vorgängerinnen fortzuführen.

Ebenfalls am Donnerstag morgen ging die griechische öffentlich-rechtliche Fernseh- und Rundfunkanstalt *ERT* wieder auf Sendung. Der damalige Premierminister Antonis Samaras hatte *ERT* am 11. Juni 2013 geschlossen, über 2.650 Medienarbeiter verloren damals über Nacht ihre Stelle. Hunderte von ihnen hatten sich dagegen gewehrt und mit Unterstützung der Gewerkschaft der *ERT*-Beschäftigten einen Alternativsender im Internet ins Leben gerufen. Die Wiederinbetriebnahme von *ERT* und Wiedereinstellung der geschassten Angestellten waren von Syriza im Wahlkampf zugesichert worden.

Auch ein zweites Versprechen der Linkspartei steht dieser Tage kurz vor der Umsetzung. Mit den Stimmen der Regierungsparteien Syriza und Anel sowie denen der Oppositionsparteien Pasok und To Potami passierte am Mittwoch ein Gesetzentwurf über die Einbürgerung von Migranten der zweiten Generation das zuständige Parlamentsgremium. Die konservative Nea Dimokratia behielt sich eine Stellungnahme in der anstehenden Parlamentsdebatte und der Abstimmung vor. Die KKE enthielt sich der Stimme.

Die Gesetzesvorlage sieht die Verleihung der Staatsbürgerschaft an in Griechenland geborene und dort zur Schule gehende Kinder vor – weitgehend unabhängig vom Aufenthaltsstatus ihrer Eltern. Im Vorfeld hatte die zuständige Ministerin Tasia Christodouloupoulou unmissverständlich die Position der Linksregierung klargemacht: Heimat der hier lebenden Kinder von Migranten sei Griechenland. Dies sei ein Bruch mit der jahrelangen Ausgrenzung von Zuwanderern.

Als »Bombe« wurde von den einheimischen Medien eine Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtshofes am Mittwoch bezeichnet. Dessen Richterrat hatte nach Klagen von Betroffenen über die Verfassungsmäßigkeit der von den rechten Vorgängerregierungen vorgenommenen Kürzungen bei den Renten geurteilt. In einem Mehrheitsbeschluss wurde nun entschieden, dass nur die ersten 2010 und 2011 erfolgten Maßnahmen rechtens gewesen waren.

Nicht mit der Verfassung in Einklang zu bringen seien dagegen die Kürzungen der Altersbezüge 2012, die ausschließlich die Beschäftigten in der Privatwirtschaft trafen. Die Regierung behielt sich eine Stellungnahme bis zur Vorlage der schriftlichen Urteilsbegründung vor. Das Finanzministerium ließ verlauten, man respektiere die Entscheidung, habe allerdings auch die finanziellen Gegebenheiten zu berücksichtigen.

<http://www.jungewelt.de/2015/06-12/061.php>